

(Minister Jacoby)

Insofern war es völlig klar - wir haben dem Länderfinanzausgleich zugestimmt; wir haben sogar daran mitgewirkt, zum Beispiel an der Frage der Eigenbeteiligung des Selbstbehaltes, der stammt ja ein Stück weit aus unserem Haus. Und wir haben profitiert davon, weil die Wirtschaftskraft überproportional gewachsen ist gegenüber anderen. Aber dann hierher zu kommen und zu sagen, Sie haben dem zugestimmt, also brauchen wir nicht nach Karlsruhe zu gehen, bringt ein Naivität zum Ausdruck, die einer Debatte über den Haushalt und über die Lage der Finanzen nicht angemessen ist. - Insofern, meine Damen und Herren, bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Sehr langanhaltender Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Heiko Maas.

Abg. Maas (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist vom Finanzminister jetzt viel über Bilanz geredet worden, und deshalb will ich noch einmal einige Zahlen zur Finanzbilanz dieser Regierung beitragen. Die Bilanz der SPD, der Vorgängerregierung, war die: Es sind 1,5 Milliarden Euro Schulden abgebaut worden, und das trotz immenser Steuermindereinnahmen unter der Kohl-Regierung. Nach der Bilanz der CDU - können Sie nachlesen - werden Sie seit Regierungsübernahme bis Ende 2007 3,8 Milliarden Euro Neuschulden machen.

(Zurufe von der CDU. - Gegenrufe von der SPD.)

Die strukturelle Unterdeckung im Haushalt 1999, den Sie übernommen haben, betrug 170 Millionen Euro. Die strukturelle Unterdeckung am Ende des nächsten Haushaltsjahres beträgt 466 Millionen Euro. Das ist Ihre Bilanz, und das ist eine Katastrophenbilanz, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD.)

Ich sage Ihnen, wir unterstützen trotzdem die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Aber die Tatsache, dass Sie sich hier hinstellen und die Solidarität anderer einfordern, ist schon etwas anachronistisch. Sie waren es doch gewesen, der nach dem Verfassungsgerichtsurteil in den Verhandlungen mit der Kohl-Regierung - nachdem die Kohl-Regierung 400 Millionen DM angeboten hat - sich hier hingestellt haben und gesagt, jetzt lassen wir mal die Kirche im Dorf. Nachher hat die SPD über 4 Milliarden DM ausgehandelt. Halten Sie sich zurück mit den Solidaritätseinforderungen gegenüber anderen, Sie selbst sind dafür ein schlechtes Beispiel!

(Beifall von der SPD und von B 90/Grüne.)

Ich will einen dritten Punkt ansprechen. Zum Thema unverschuldet, will ich mal darauf hinweisen, dass wir in der aktuellen Diskussion im Moment ein Thema haben - nämlich die Unternehmenssteuerreform -, bei dem man sich schon die Frage stellen muss: Was können wir von hier aus dazu beitragen, dass unsere Haushaltsnotlage nicht noch größer wird? Das, was die Bundesregierung plant - und das lehne ich in Gänze gegenüber der ganzen Bundesregierung ab -, ist, die Unternehmen netto um 5 Milliarden Euro zu entlasten. Sie haben aktuelle Vorschläge gemacht, die zu einer noch größeren Nettoentlastung führen würden.

(Zurufe des Abgeordneten Wegner (CDU).)

Wir wissen, dass die Körperschaftsteuer anteilig den Ländern zufließt.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Wegner (CDU).)

Sie können sich nicht hier hinstellen und sagen, das ist alles unverschuldet, wenn Sie selbst eine Politik betreiben, die in Berlin dazu führt, das uns in den kommenden Jahren Millionenbeträge fehlen.

(Zuruf des Abgeordneten Wegner (CDU))

Das ist ganz einfach die Unwahrheit, zu sagen, Sie tun alles dafür, dass die Einnahmesituation verbessert wird. Sie tun das Gegenteil davon, Sie verschlimmern die Einnahmesituation des Landes, und das ist nicht die Aufgabe eines Finanzministers, der gerade in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht steht.

Präsident Ley:

Herr Fraktionsvorsitzender Heiko Maas, Ihre Redezeit ist gleich zu Ende. - Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Maas (SPD):

Ich komme zum Ende. Sie haben eben gesagt: Weniger ist mehr.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Wegner (CDU).)

Das scheint mir der Anspruch dieser Landesregierung geworden zu sein. Sie sind mit großen Tönen gestartet und sind gelandet bei weniger ist mehr. Das, was Sie mit diesem Haushalt vorgelegt haben, ist noch weniger als wenig, es ist nämlich nichts.

(Beifall von der SPD und bei B 90/Grüne. - Erneute Zurufe des Abgeordneten Wegner (CDU).)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Abgeordnete Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand in diesem Haus wird die schwierige finanzielle Lage des Saarlandes bestreiten wollen. Auf die Ursachen und auf die Frage, wann diese Entwicklung einsetzt, muss an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden. Ich erinnere nur an die Regierungserklärung Ihres ehemaligen Gurus Oskar L. von 1985, er wolle sich am Schuldenabbau messen lassen. Damals hatte das Saarland rund 3 Milliarden Euro Schulden. Und trotz Teilentschuldung durch den Bund - die Sie ja angesprochen haben, Herr Maas - verdoppelten sich jedoch die Schulden in Ihrer Regierungszeit. Insofern sollten Sie sich Ihre Äußerungen zum Thema unverschuldet noch einmal genau überlegen.

(Beifall bei der CDU.)

Nun, es ist, wie es ist, wir haben heute mit hohen Zinslasten zu kämpfen, die Sie, Herr Jost, ja heute Morgen kritisierten. Wir erhalten keine Gelder mehr aus der Teilentschuldung, und durch hohe Steuerausfälle in den vergangenen 5 Jahren fehlen uns jahresbezogen über 500 Millionen Euro, gemessen an der Ausgangslage 2001. Auch auf diesen Aspekt - die hohen Steuerausfälle während Ihrer rot-grünen Regierungszeit in Berlin, und wer sie zu verantworten hat - brauchen wir heute nicht mehr einzugehen, das war schon häufiger Thema in diesem Haus. Entscheidend für diese Haushaltsberatung ist, die Ausgangslage zur Kenntnis zu nehmen und daraus das Beste für unser Land zu machen.

Leider blendet die Opposition diese Ausgangslage wieder vollkommen aus. Das kennen wir bereits aus vorangegangenen Haushaltsberatungen, das ist ja nichts Neues. Nicht neu ist auch Ihre Strategie in dieser Debatte; das Land wird schlecht geredet, Erfolge verschwiegen oder bestritten, pauschal vom Sparen gefaselt, um dann jede einzelne Sparmaßnahme der Regierung zu kritisieren. Ihnen geht es lediglich darum, überall im Land schlechte Stimmung zu verbreiten, in dem Glauben, je schlechter die Stimmung, desto schneller könnten Sie regieren. Ein klares Konzept, wie Sie dann eigentlich regieren würden? Fehlanzeige.

(Abg. Funk)

Umso schmerzlicher sind für Sie dann die Erfolge dieser Landesregierung. Vor allem, wenn sie nicht von uns, der CDU, sondern von Dritten festgestellt werden. Zum zweiten Mal zum dynamischsten Bundesland gekürt zu werden, das schmerzt natürlich ungemein. Das macht Ihre ganze Strategie von den katastrophalen Zuständen im Saarland völlig zunichte.

(Beifall von der CDU.)

Am Ende stehen Sie ohne Strategie da, am Ende stehen Sie ohne Konzept da, und was noch wichtiger ist, am Ende stehen Sie wieder ohne Regierungsbeteiligung im Land da.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Roth (SPD): Das kam aber sehr zögerlich.)

Das Beste für unser Land machen, das ist der Auftrag, den die Wählerinnen und Wähler uns, der CDU, aufgetragen haben. Dieser Haushaltsentwurf ist ein Dokument, das beweist, dass wir diesen Auftrag ernst nehmen. Er beweist, dass wir auf dem richtigen Weg sind und Erfolge haben. Er beweist, dass wir das Beste für unser Land machen. Denn der Haushaltsentwurf drückt die konsequente Fortsetzung unseres haushaltspolitischen Kurses des Sparens und Gestaltens aus. Auch wenn die Steuereinnahmen wieder etwas stärker fließen, dürfen wir den Weg des Sparens nicht verlassen. Denn mittelfristig haben wir mit einer Reihe weiterer Hypotheken zu kämpfen. Dazu gehören die hohe Verschuldung des Landes, die den politischen Spielraum deutlich einengt, der Rückgang der Bevölkerung, der im Saarland viel stärker ausfällt als bundesweit, sowie die Fortsetzung des Anpassungsprozesses im Bergbau.

Diese Herausforderungen können wir nur dann bewältigen, wenn wir unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik konsequent weiterverfolgen. Wir haben im Wettbewerb mit anderen Bundesländern seit 1999 ständig an Boden gewonnen. Bei den wichtigen Wirtschaftsindikatoren rangiert unser Land inzwischen im oberen Drittel oder zumindest im vorderen Mittelfeld aller Bundesländer. Beim Wirtschaftswachstum sind unsere Erfolge am deutlichsten erkennbar. In der Zeit von 2000 bis 2005 wuchs das Bruttoinlandsprodukt an der Saar preisbereinigt mit 10,3 Prozent deutlich stärker als im Bund. Im Bundesdurchschnitt waren es nur 6,8 Prozent. Im Ranking der Bundesländer erreichten wir dadurch hinter Bayern den hervorragenden zweiten Platz.

Es gibt aber noch weitere Erfolgsfaktoren. Zwar sind auch im Saarland in den vergangenen fünf Jahren sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren gegangen, im genannten Zeitraum waren es hier im Saarland 5,5 Prozent, allerdings wurden in ganz Deutschland Arbeitsplätze abgebaut, im Bundesdurchschnitt um minus 6,1 Prozent. Durch eine konsequente Arbeitsmarktpolitik und auf Grund unseres überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums ist es uns gelungen, bei der Arbeitslosigkeit mittlerweile den fünften Rang einzunehmen. Nur Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen haben zurzeit eine geringere Arbeitslosenquote als das Saarland.

Die Zeiten, in denen wir die rote Laterne hatten, sind vorbei. Die Zeiten, in denen Sie regiert haben, sind zum Glück auch vorbei. Deutlich verbessern konnten wir uns bei der Arbeitsplatzdichte. Inzwischen gibt es an der Saar mehr Arbeitsplätze je tausend Einwohner als im Bund. Was die Ausbildungsplatzdichte betrifft, liegt unser Land zurzeit an der Spitze aller westdeutschen Flächenländer. Auch die Schaffung von 55.000 neuen Arbeitsplätzen innerhalb der letzten sechs Jahre belebt die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung im Saarland. Das Ziel, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass bis 2010 rund 60.000 neue Arbeitsplätze entstehen können, ist somit schon fast erreicht.

(Abg. Waluga (SPD): Zusätzliche!)

Alles dies sind Gründe, weshalb die "WirtschaftsWoche" und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft das Saarland zum zweiten Mal zum dynamischsten Bundesland gekürt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD). - Abg. Spaniol (B 90/Grüne): Oh je!)

Herr Maas, es muss schmerzen, ich verstehe das ja. Wir verstehen diese Auszeichnung aber auch als Auftrag, an diesen Erfolgen weiterzuarbeiten.

(Abg. Maas (SPD): Jetzt noch einmal!)

Dazu zählen eine Reihe zukunftsweisender Investitionen, für die wir mit diesem Haushaltsentwurf die Grundlage leisten. Die Errichtung eines zweiten Max-Planck-Instituts mit Baukosten von 15 Millionen Euro, den Neubau des Forschungsgebäudes für die Pharmazie mit Gesamtkosten von 13,3 Millionen Euro, den Neubau eines Forschungsgebäudes für die Hochschule für Technik und Wirtschaft mit Gesamtkosten von 9,4 Millionen Euro. Insgesamt stellen Forschung und Entwicklung weiterhin wichtige Stützen zur Fortsetzung des erfolgreichen Strukturwandels im Saarland dar. Daher stellen wir der Universität des Saarlandes auch im Jahr 2007 den ungeschmälernten Globalhaushalt von 141,3 Millionen Euro zur Verfügung.

(Abg. Braun (CDU): Keine Inflationsrate!)

An dieser Stelle sollten Sie ebenfalls Ihren Zettelkasten sortieren. Im Bildungsausschuss kritisieren Sie, dass der Globalhaushalt nicht weiter steigt. Im letzten Jahr, Herr Maas, haben Sie an dieser Stelle schon von Synergie- und Einspareffekten an der Uni gefaselt, heute der Kollege Jost wieder. Dann sagen Sie doch bitte konkret, welche Synergieeffekte Sie an der Universität einsparen wollen, welche Millionen Sie dort einsparen wollen.

(Abg. Braun (SPD): Effekte einsparen!)

Sagen Sie das hier klipp und klar und werden Sie konkret!

(Beifall bei der CDU.)

In Zeiten des Sparens, wo jeder Titel genau geprüft und gegebenenfalls gekürzt wird, ist das jedenfalls ein ganz wichtiges Signal an die Universität. Es ist auch ein Beleg für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Auch die Wirtschaftsförderung wird auf einem hohen Niveau fortgesetzt. Zwar sind auf den ersten Blick in dem Haushalt Kürzungen in dem betreffenden Kapitel vorgesehen. Allerdings hat Finanzminister Peter Jacoby gestern und heute bereits klargestellt, dass auf Grund vorhandener Haushaltsreste das hohe Niveau vergangener Jahre fortgesetzt wird. Auch wenn ich davon überzeugt bin, dass einige diese Information wieder einmal in Ihrer Betrachtung weglassen werden, stelle ich zumindest für die saarländische Wirtschaft klar, trotz rückläufiger Bundesmittel und EU-Mittel werden wir mit Hilfe von Landesgeldern den voraussichtlichen Bedarf an Fördermitteln aus der Wirtschaft in vollem Umfang abdecken.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Beste für unser Land tun, das ist unser Auftrag der Wählerinnen und Wähler. Dieser Haushaltsentwurf ist das Beste für unser Land. Zu unserem Kurs Sparen und Gestalten gibt es keine Alternative. Daher bitte ich um Zustimmung zu diesem Entwurf.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zu überweisen.

(Abg. Möller)

siegels für betreutes Wohnen vor. Wenn alle Einrichtungen des betreuten Wohnens durch das Siegel einen klar definierten Mindeststandard an Ausstattung und Dienstleistungen garantieren, werden für die älteren Menschen und ihre Angehörigen diese Angebote transparenter und damit auch die Entscheidung leichter, ob der Umzug in eine solche Wohnung die richtige Entscheidung ist oder nicht. Ein solches Gütesiegel könnte vielen alten Menschen und ihren Angehörigen Probleme und Enttäuschungen ersparen.

Ich bin in letzter Zeit von einigen Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik gefragt worden, warum sich die Enquetekommission als erstes ausgerechnet mit der Kommunalpolitik, diesem äußerst komplizierten Thema, befasst. Ich weiß, dass es einigen Mitgliedern der Kommission ebenso ergangen ist. Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich ganz simpel, nämlich die, dass sich die demografische Entwicklung zuerst in den Kommunen, den kleinsten Zellen unseres Gemeinwesens, zeigt. Wer sich schon einmal mit Seniorenpolitik befasst hat, der weiß, dass immer nur die anderen alt sind. Ähnlich verhält es sich mit dem demografischen Wandel. Auch davon sind in der Regel immer nur die anderen Gemeinden betroffen.

Unser heutiger Antrag dokumentiert, dass alle vom demografischen Wandel betroffen sind. Er zeigt zusammen mit dem Flyer, den wir demnächst veröffentlichen werden, Wege für die Kommunen auf, wie damit umgegangen werden kann. Auf dieser Basis bitte ich Sie alle um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Abgeordnete Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der CDU-Fraktion bedanke ich mich bei allen Fraktionen, dass es uns heute gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag im Plenum einzubringen. Der demografische Wandel ist eine große Herausforderung und erfordert in vielen Bereichen ein Umdenken. Entscheidungsträger, insbesondere in den Kommunen, für dieses Thema zu sensibilisieren, ist ein wichtiges Anliegen unserer Enquetekommission. Frau Möller hat bereits auf die Arbeitsweise der Kommission hingewiesen und wesentlich Ergebnisse vorgestellt. Deshalb beschränke ich mich auf zwei Punkte, die einer zusätzlichen Erläuterung bedürfen.

Der erste Punkt betrifft den kommunalen Finanzausgleich. Die Enquetekommission empfiehlt, mit den Kommunen über eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zu verhandeln, um bei den Schlüsselzuweisungen künftig die Belastungen durch den demografischen Wandel berücksichtigen zu können.

(Vereinzelter Beifall.)

Nach diesem verhaltenen Applaus fahre ich fort.

(Heiterkeit.)

Uns geht es dabei ausdrücklich nicht darum, den Kommunen von Landesebene aus etwas Neues aufzuzwingen. Uns ist durchaus bewusst, dass im kommunalen Finanzausgleich die Einwohnerzahl bereits berücksichtigt wird. Kommunen, die mehr Einwohner haben, erhalten auch mehr Zuweisungen, was im Grunde genommen richtig ist, da sie auch höhere Ausgaben zu tätigen haben. Dennoch kommen demografiebedingt hohe Investitionen auf die Kommunen zu, zum einen durch den Umbau zu einer seniorengerechten und barrierefreien Stadt, zum anderen auch durch den notwendigen Rückbau. Wenn auf Grund zurückgehender Einwohnerzahlen ganze Häuserreihen leer stehen, ist die Kommune gezwungen zu han-

deln. Egal, was sie unternimmt, ob Abriss oder Umnutzung der Häuser, wird sie hierfür Geld benötigen.

Kommunen, die also besonders stark unter dem demografischen Wandel leiden, werden weniger Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten, haben aber andererseits höhere Investitionen zu tätigen. Insofern muss mit ihnen über diese Problematik gesprochen und eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Es stellt sich die Frage, wie Kommunen finanziell unterstützt werden können, die einer besonderen Belastung durch den demografischen Wandel ausgesetzt sind. Da die Haushaltslage des Landes bekannt ist, muss diese Regelung innerhalb des kommunalen Finanzausgleiches erfolgen.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die interkommunale Zusammenarbeit. Da viele Kommunen ebenfalls unter Finanznot leiden, empfiehlt die Enquetekommission, die interkommunale Zusammenarbeit nachdrücklich und verstärkt zu fördern. Dies kann in einem ersten Schritt durch die finanzielle Förderung interkommunaler Projekte geschehen.

(Beifall.)

Die Entwicklung von interkommunalen Kooperationen kann durch verschiedenste Faktoren und Akteure beeinflusst werden. Erstens kann die interkommunale Zusammenarbeit durch gesetzliche Vorschriften gefördert, aber auch gefordert werden. Die gesetzlichen Grundlagen aller Ebenen der öffentlichen Verwaltung, die eine Kooperation zwischen Gemeinden ermöglichen, sind hier von großer Bedeutung. Die Regelungen sollten aber nicht zur Kooperation zwingen, sondern sie fördern. Das Freiwilligkeitsprinzip soll im Auge behalten werden. Es könnte zum Beispiel ein Programm für die Förderung der Kooperationen geschaffen werden, das gewisse Anreize verschiedener Art gibt. Generell gilt es, günstige Grundlagen für die Zusammenarbeit zu schaffen.

Zweitens geht es um Finanzen. Das Schaffen finanzieller Anreize in Form von Zuschüssen et cetera, die für die Gemeinden bei der Abwicklung der Kooperationsprojekte zur Verfügung stehen, ist einer der wichtigsten Faktoren. Gerade die schlechte finanzielle Lage mehrerer Gemeinden zwingt sie zu Überlegungen über die interkommunale Zusammenarbeit. Die Bereitstellung finanzieller Mittel wirkt als positiver Motivationsfaktor. Es gilt aber zu bedenken, dass die finanzielle Unterstützung langfristig garantiert und mit möglichst wenig bürokratischen Regeln verbunden werden sollte.

Drittens ist es Aufgabe der Interessenvertretung der Städte und Gemeinden, die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern. Dies kann zum Beispiel im Rahmen verschiedener Veranstaltungen, durch Publikationen, Ausarbeitung eines Leitfadens für die interkommunale Zusammenarbeit sowie durch Hilfestellung und Unterstützung der interkommunalen Kooperationen bei Verhandlungen geschehen. Der Informationsmangel über die Möglichkeiten und vor allem den Nutzen der interkommunalen Zusammenarbeit sollte beseitigt werden. Hier sind die Erfahrungen existierender Kooperationen von Vorteil.

Es gilt also, gute Rahmenbedingungen durch die Sicherung rechtlicher Vorschriften, die Garantierung der finanziellen Unterstützung und das Engagement bei der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zu schaffen.

Obwohl der Handlungsdruck für die Gemeinden infolge zunehmender Aufgaben bei gleichzeitiger Verringerung oder Stagnation der finanziellen Ressourcen stetig steigt, wird der Stellenwert der interkommunalen Zusammenarbeit in einer Studie als vergleichsweise niedrig eingeschätzt. Interne Maßnahmen zur Optimierung der Verwaltung werden deutlich höher eingestuft, beispielsweise die Verbesserung des Bürgerservices sowie die Optimierung der Verwaltungsstrukturen und -abläufe, Haushaltskonsolidierung durch Ein-

(Abg. Funk)

nahmenverbesserung und Ausgabenbescheidung, Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente. Ohne hier eine Wertung vornehmen zu wollen oder eine der genannten Maßnahmen als unwichtig einzustufen, sollte die interkommunale Zusammenarbeit stärker ins Bewusstsein der Kommunen gerückt werden.

Zu den größten Vorteilen der Zusammenarbeit gehören der Bestandschutz für kleine, einwohnerschwache Gemeinden, die Minderung von zwischengemeindlicher Konkurrenz, die Herbeiführung motivierender Entlastung der Bürgermeister und der Verwaltung von Verwaltungsaufgaben, die Schaffung von Synergien sowie Kostenreduktion durch Synergieeffekte, die Förderung der Einrichtung kostensparender Verwaltungsstrukturen, Qualitätsverbesserung, Schaffung besserer Verhandlungspositionen der Gemeinden getreu dem Motto "Gemeinsam ist man stärker", höhere Rechtssicherheit bei der Erledigung der Verwaltungsakte als Qualitätsmerkmal für Bürgerinnen und Bürger und öffentliche Hand, Senkung der Fehlergefahr und dadurch der Haftungsgefahr der Kommunen durch höhere Kompetenz.

Der Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag weisen in ihrem Mitteilungsblatt für Ratsmitglieder und Kommunalverwaltungen zu Recht darauf hin, dass schnellstmöglich Rechtssicherheit für interkommunale Kooperationen herbeigeführt werden muss. Bei der Frage der Anwendung des Vergaberechts bei interkommunalen Kooperationen sind die Kommunen ausschließlich auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs oder neue Stellungnahmen der Europäischen Kommission angewiesen.

Die kommunalen Spitzenverbände haben im Rahmen der am 20. April 2006 in Brüssel durchgeführten Anhörung des Europäischen Parlaments zum Thema "Interkommunale Zusammenarbeit und Vergaberecht" Klarstellungen im europäischen Vergaberecht gefordert. Dieser Forderung können wir uns anschließen.

Ungeachtet dieser Rechtsunsicherheit beim europäischen Vergaberecht ist die interkommunale Zusammenarbeit dennoch zu fördern. Und wenn heute noch zu wenig über interkommunale Zusammenarbeit nachgedacht oder gar praktiziert wird, dann liegt das nicht an dieser fehlenden Rechtssicherheit. Es sind eher die menschlichen Ängste, die vielen kommunalen Entscheidungsträgern im Wege stehen: der Versuch der gegenseitigen Übervorteilung, Misstrauen, fehlende Ressourcen bei der Bearbeitung der angestrebten Agenda.

Im Klartext: Selbst wenn es zwischen zwei oder drei Gemeinden zu Gesprächen über eine Zusammenarbeit kommt, fehlt oft der Biss, das Know-how und die erforderliche Mitarbeiterzahl in den Kommunen, die dieses Projekt dann wirklich umsetzen sollen. Gerade an dieser Stelle, dem Bereitstellen von Wissen und Gewährung von Hilfen, ist das Land gefragt.

(Beifall.)

Dies bezieht sich auf die beiden von mir genannten, aber auch fast alle anderen Punkte in unserem gemeinsamen Antrag. Die Landesregierung ist aufgefordert, den Kommunen als Partner bei der Bewältigung des demografischen Wandels zur Seite zu stehen. Wir, die CDU-Fraktion, wissen unsere Kommunen in guten Händen. - Vielen Dank.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Manfred Baldauf.

Abg. Baldauf (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Enquetekommission im saarländischen Landtag beschäftigt sich derzeit mit einer Problematik, die

schon länger existiert. Denn als erstmals vor über 30 Jahren in Deutschland mehr Todesfälle als Geburten zu verzeichnen waren, hat der demografische Wandel begonnen. Politik und Gesellschaft haben den demografischen Wandel zunächst zu lange ignoriert und vor allem tabuisiert. Es ist gut, dass sich das inzwischen geändert hat und dass sich ein kollektives Bewusstsein für die Probleme, aber auch für die Chancen entwickelt hat, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind.

Inzwischen haben sich einige Länderparlamente ebenso wie dieses Hohe Haus eine entsprechende Enquetekommission eingerichtet. Der demografische Wandel ist Thema in Zeitungen, im Fernsehen und in vielen wissenschaftlichen Publikationen.

Was sich dieser Landtag zu Beginn dieses Jahres vorgenommen hatte, war eine pragmatische Herangehensweise an die Problemlagen des demografischen Wandels. Wir wollen Folgendes erreichen: Erstens soll das Bewusstsein der Bevölkerung geschärft werden, zweitens sollen Lösungsansätze erarbeitet werden, drittens sollen Handlungsstrategien aufgezeigt werden.

Das Bewusstsein der Bevölkerung schärfen, heißt zu analysieren, wie sich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger durch den demografischen Wandel ändern. Es heißt aber auch, dass wir den veränderten Bedürfnissen gerecht werden müssen. Allein ein Blick in den Alltag von älteren Mitbürgern reicht schon aus, um zu sehen, dass sich in den kommunalen Infrastrukturen zahlreiche Stolpersteine verstecken. Ein Beispiel dafür ist der öffentliche Personennahverkehr. Immer wieder wird in diesem Bereich Barrierefreiheit gefordert. Dieser Forderung ist allerdings nicht schon durch die Einführung weiterer Niedrigflurbusse Genüge getan, denn das Problem der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs beginnt weitaus früher. Stellen Sie sich vor: Sie haben in den letzten 50 Jahren Ihres Lebens immer ein eigenes Auto zur Verfügung gehabt und genutzt. Plötzlich lässt Ihre Sehkraft nach oder Ihre Reaktionsfähigkeit ist zu schwach, um noch eigenverantwortlich ein eigenes Fahrzeug führen zu können. Dann sind Sie plötzlich auf Ihre Kinder, auf Ihre Nachbarn, aber auch und vor allem auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Das heißt, Sie müssen im Alter von 70 Jahren oder älter lernen, mit Fahrplänen, mit Fahrkartensystemen und Anschlussverbindungen zurechtzukommen, ob Sie dies nun wollen oder nicht.

Um diesen Umstieg zu erleichtern, fordern wir die Landesregierung auf, ein Modellprojekt einzurichten und durchzuführen, bei dem erfahrene ÖPNV-Nutzer eine Patenschaft für die neuen älteren Nutzer übernehmen. Die neuen Nutzer sollten nach unseren Vorstellungen eine oder mehrere kostenlose Monatskarten erhalten, mit der sie die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel üben können. Aber auch wenn diese erste Hemmschwelle beseitigt ist, bleiben Probleme bei der weiteren Nutzung. Es ist deshalb wünschenswert, dass die Kommunen bei ihren Planungen die Bedürfnisse älterer Menschen im ÖPNV verstärkt berücksichtigen und diesen Rechnung tragen. Sei es, dass längere Ein- und Ausstiegszeiten bei Bahn und Bussen eingeplant werden oder sei es, dass Ticketautomaten noch einmal auf ihre Bedienerfreundlichkeit überprüft werden.

(Beifall.)

Dazu zählt auch, dass die Länge der Grünphase bei Fußgängerampeln so lange andauert, dass auch gehbehinderte Menschen die Straße problemlos überqueren können.

(Beifall.)

Gerade für Menschen im ländlichen Raum, die in der Regel unter einer schlechten Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr leiden, ist es wichtig, dass es durch Rufbusse oder Sammeltaxen eine bessere Anbindung an das ÖPNV-Netz gibt. All diese Dinge, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind pragmatische An-